

AFFÄRE BERATERVERTRÄGE EIN FÜR ALLEMAL

erschienen am 9. September 2016

[Aufklärung](#), [Beraterverträge](#),
[Frank Sitta](#) [Rechnungshofspräsident](#)

Die Affäre um die Vergabe millionen Euro teurer Beraterverträge durch das Land Sachsen-Anhalt hält an. Wie nun bekannt wurde, hat das Justizministerium im Dezember 2015 einen Vertrag für knapp zwei Millionen Euro im Bereich „Gender-Mainstreaming“ vergeben. Die Ministerin hat ihn im Vorfeld dem Finanzausschuss des Landtages vorgelegt.

Der Landesvorsitzende der Freien Demokraten, Frank Sitta, erklärt dazu:

„Die Affäre um die Beraterverträge wächst sich zu einem Fass ohne Boden aus. Man muss sich hier Methode dahinterstecken und das Parlament bei seiner Kontrolle des Haushalts und Finanzen - systematisch hintergangen werden. Ich rechne einen Fall aus dem Justizministerium bekannt und öffentlich. Und dass der Vorgang der damaligen Ministerin

nicht mehr als „das Eisberg-Prinzip“ und „das Übrige.“

Die Freien Demokraten fordern eine mehr eine lückenlose und allumfassende Aufklärung der Verhältnisse.

„Es ist gut möglich, dass wir nur die Spitze des Eisbergs sehen. Die komplette Affäre muss endlich von einer sachlich und von unabhängiger Stelle aufgeklärt werden. Wir begrüßen die Entsendung des Rechnungshofspräsidenten Kay Sitta zur Prüfung der Verträge einer solchen Prüfung zu unterziehen“, so Sitta an